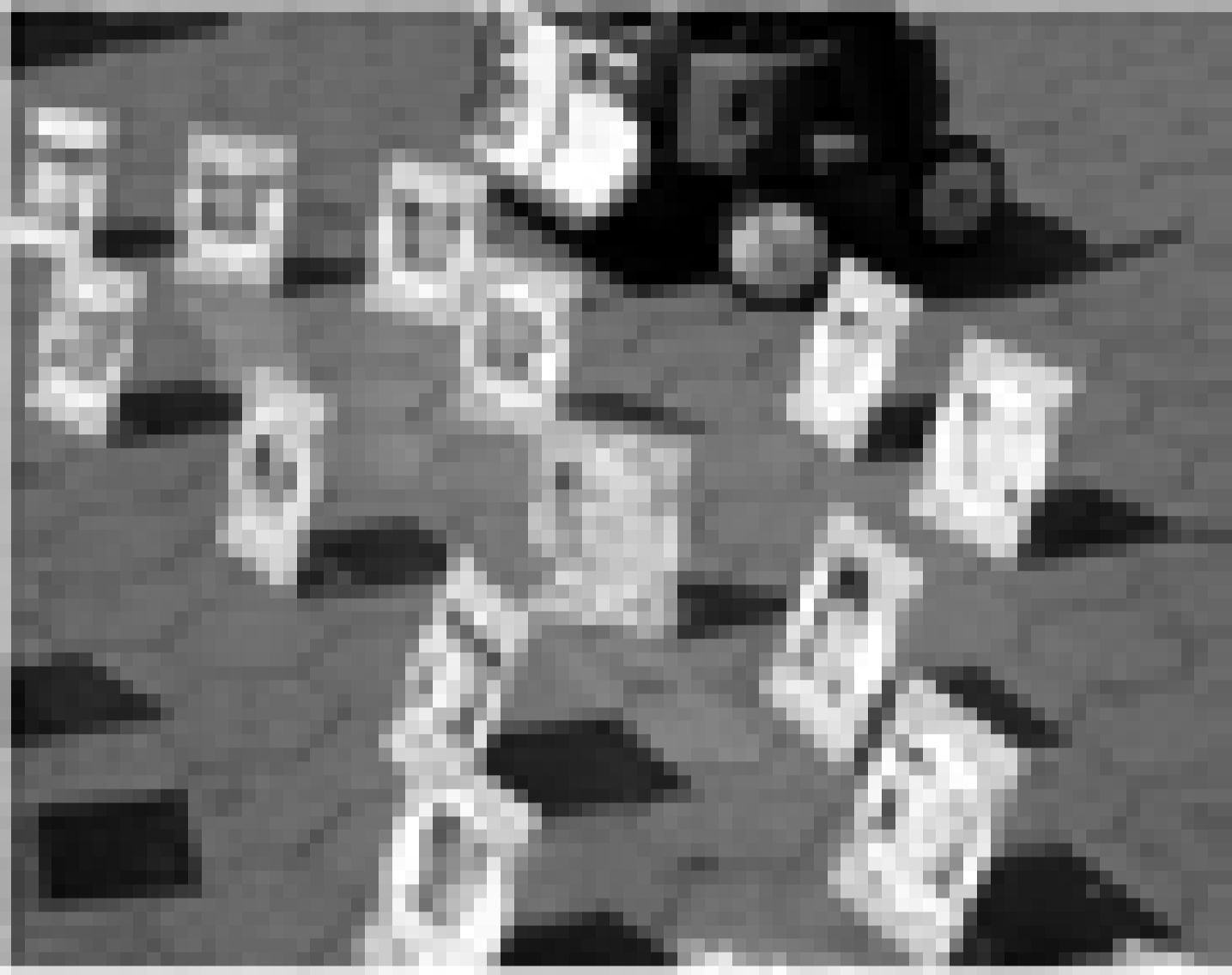


US-WAHLKAMPF

Vor dem Photo-Finish



Die Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung für Bushs Irakpolitik bröckelte im Verlauf des Sommers 2004 dahin - nicht zuletzt wegen der steigenden Zahl an amerikanischen Opfern in dem als beendet erklärten Krieg.

(Fotos: Richard Graf)

Das Auf und Ab der Kandidaten geht auch weniger als zwei Wochen vor dem Termin der US-amerikanischen Wahlen weiter.

"George W. Bush liegt mit 52 Prozent der Wählerstimmen rund acht Prozent vor seinem Herausforderer John Kerry, die Fehlerquote der Umfrage liegt bei vier Prozent" - so meinte noch am Montag das renommierte Umfrageinstitut Gallup, das im Auftrag von CNN und "US Today" etwa 1.000 repräsentative AmerikanerInnen nach ihrem Wahlverhalten am 2. November befragte. Demnach eine klare Sache? Denn nur im extremsten Fall könnte somit Kerry noch mit Bush gleichziehen.

Doch weniger als zwei Wochen vor dem Wahltermin ist ein Sieg George Bushs nicht nur in der angedachten Höhe umstritten. Es fragt sich, ob das, was die Umfrageinstitute derzeit vorlegen, überhaupt der Realität entspricht. Dabei geht es nicht um die hohen Schwankungen, die es in den letzten Monaten im Bereich der Demoskopie gegeben hat, auch nicht um die Tatsache, dass einige Umfrageinstitute nur einen Tag später Kerry wieder vor Bush sahen, sondern um das schwierige - wenn nicht zu sagen unmögliche - Geschäft in den USA zurzeit überhaupt das Wählerverhalten richtig einzuschätzen.

Unsicherheit gibt es weniger bei der Frage, wen die Leute lieber mögen, als dabei ob sie überhaupt daran denken, zu den Wahlurnen oder -automaten zu schreiben. Fast ein Drittel der im Jahre 2000 eingeschriebenen WählerInnen tauchten damals nicht in den Wahlbüros auf. Um ihr

Umfrageergebnis realistischer zu gestalten, sprechen die Institute deshalb von "likely voters". Damit sind eingeschriebene BürgerInnen gemeint, die mit ziemlicher Sicherheit am Wahltag ihrer Bürgerpflicht auch wirklich nachkommen wollen. Und bei diesen "likely voters" liegt Bush in der Regel vor Kerry. Um festzustellen ob die Befragten der Gattung der "wahrscheinlichen Wähler" zuzuschreiben sind, benutzen einige Institute Testfragen, wie zum Beispiel ob die Betroffenen auch schon vorher an Wahlen teilgenommen haben und überhaupt wissen, wo sich das zuständige Wahlbüro befindet.

Je nachdem also, wie streng die Antworten auf solche Testfragen ausgelegt werden, fallen mehr oder weniger Personen aus dem Feld der "likely voters" heraus. Da ist es besonders fatal, dass es diesmal sehr viele neue WählerInnen gibt - JungwählerInnen etwa, aber auch solche, die sich zum ersten Mal in ihrem Leben haben einschreiben lassen, obwohl sie schon 40, 50 oder mehr Jahre alt sind.

Die "New York Times", die natürlich auch nicht auf Umfragen verzichtet, entschuldigt sich praktisch jedes Mal bei ihren LeserInnen, dass es nicht möglich sei, eine eindeutige Aussage zu machen, und stellt den eigenen Umfrageergebnissen jeweils jene der Konkurrenz gegenüber. Damit handelt sich das seriöse Blatt zwar die Kritik ein, sich nicht zu trauen, eine ei-

gene Vorhersage zu machen. Doch will es damit auch verhindern, falsche Hoffnungen zu wecken - oder zu einer Entmobilisierung im demokratischen Lager beizutragen, wie das 2000 bei der Wahlniederlage von Al Gore der Fall war.

Überschätzter Bush

Der Medienexperte Mark Hertsgaard geht in seiner Kritik sogar weiter: Im Interview mit dem deutschen Magazin "der Spiegel" unterstellt er den amerikanischen Medien und den ihnen zuarbeitenden Umfrageinstituten, die Stimmung vollkommen falsch eingeschätzt zu haben: "Die Umfragen, über die sie in der Presse lesen, sind falsche Umfragen. Sie bilden nicht ab, wie die amerikanische Öffentlichkeit wirklich denkt." Hertsgaard sieht dabei methodologische Fehler - wenn etwa nur Festnetztelefoninterviews durchgeführt werden, und somit viele unter 30-jährigen, die nur Handy benutzen, außen vor bleiben; er unterstellt aber auch fehlenden Mut die Unzufriedenheit der Leute mit Bushs Amtsführung zu erkennen und zu dokumentieren.

Ein anderes Problem, den Wahlausgang in den USA vorausszusehen, stellt das eigentümliche System, nach dem der amerikanische Präsident bestimmt wird, dar. Al Gore, der 2000 den "popular vote" für sich verbuchen konnte, also insgesamt mehr Stimmen holte als George Bush, weiß ein Lied davon zu singen: Es ist eigentlich egal wie viele Prozente ein Kandidat auf die gesamten Vereinig-

ten Staaten umgelegt hinter sich weiß; wichtiger ist die so genannten "swing states" für sich zu gewinnen.

Die politische Karte der USA ist sozusagen dreigeteilt. Es gibt jene Staaten, in denen eigentlich jetzt schon fest steht, dass Bush dort eine

Mehrheit erringen wird, während es umgekehrt sichere oder ziemlich sichere Staaten für Kerry gibt. Jeder dieser Staaten schickt im Januar eine gewisse Anzahl an Wahlmännern- und -frauen nach Washington die dann en bloc für den Kandidaten stimmen werden, der in ihrem jeweiligen Staat die Nase vorne hatte. Nach diesem "the winner takes it all"-Prinzip sieht sich Kerry leicht im Vorteil gegenüber Bush. Laut "New York Times" scheint Kerry schon jetzt 225 Wahlmänner und -frauen (vor allem von der Ostküste, aber auch aus Kalifornien) für sich verbuchen zu können, während Bush deren 213 (der Süden und der mittlere Westen mit Texas als gewichtigstem Stimmenbringer) hinter sich weiß. Natürlich kann es in einzelnen Fällen noch zu Verschiebungen kommen, doch ist der Wahlausgang in diesen Staaten ziemlich voraussehbar.

Dieser Vorsprung für Kerry ist allerdings ein rein theoretischer, denn um Präsident zu werden, muss er eine Mehrheit von 270 Stimmen hinter sich vereinen. Es geht also darum, möglichst viele der 100 Wahlstimmen aus den berüchtigten "swing states" zu gewinnen. Und hier wiegen zwei Brocken besonders schwer: Ohio schickt 20 und Florida 27 Wahlmänner und -frauen nach Washington. Auch Oregon (7 Stimmen) im amerikanischen Westen ist noch nicht entschieden, oder etwa Minnesota, Wisconsin und Iowa im mittleren Norden (jeweils 10 Stimmen). Das erklärt, warum sowohl Kerry als auch Bush zur Zeit vor allem im Flugzeug sitzen und sich in diesen weit voneinander entfernten und auch sehr unterschiedlichen "battleground"-Staaten abmühen.

Ähnlich wie 2000 wird auch diesmal vor allem Florida eine

Als die Republikaner im September ihren Parteikonvent in New York abhielten, erteten sie vor allem Hohn und Spott bei der lokalen Bevölkerung - die ist allerdings alles andere als repräsentativ für die gesamten USA.

